

presse

AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik
AG Digitale Agenda

SPD fordert Einrichtung eines Unterausschusses „Cybersicherheitspolitik“

*Rainer Arnold, Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und
Verteidigungspolitik;*

Lars Klingbeil, netzpolitische Sprecher:

**Für digitalisierte Gesellschaften ist die Sicherheit der IT-Systeme von
überragender Bedeutung. Die zunehmende Kriminalität und die
wachsende Gefahren durch Cyberattacken bedrohen auch unser Land.
Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher die Einrichtung eines
ständigen Unterausschusses Cybersicherheitspolitik beim
Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages.**

„Weltweit vernetzte Staaten wie Deutschland sind verwundbarer durch
Cyberangriffe geworden. Das gilt auch für den Bereich der äußeren Sicherheit.
Die NATO behandelt den Cyber- und Informationsraum deshalb als einen
eigenen Operationsraum. Viele Partnerländer haben Cyber-Fähigkeiten in
eigenen Organisationsformen ausgeprägt. Auch der Bundeswehr kommt eine
wichtige Rolle zu, um gemeinsam mit anderen Institutionen einen Schutz gegen
Cyber-Angriffe von außen zu gewährleisten. Das
Bundesverteidigungsministerium hat eine Bündelung der Cyber- und IT-
Fähigkeiten angekündigt und mit der Einrichtung einer eigenständigen Abteilung
im BMVg und der Aufstellung eines militärischen Organisationsbereichs für den
Cyber- und Informationsraum (CIR) begonnen.

Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen
Anforderungen durch Cyberangriffe wird deutlich, dass sich neben den
technischen Fragen auch zahlreiche rechtliche und ethische Fragen stellen. Es

ist unstrittig, dass eine Vielzahl von Völkerrechtsgebieten auch auf den Cyberraum anwendbar ist, es bleiben aber zahlreiche offene Fragen und auch das Problem, wie die bestehenden Vorgaben auf die digitale Welt übertragen werden können. So muss beispielsweise geklärt werden, ob es angesichts der Herausforderungen der Cybersicherheitspolitik einer Änderung des Auftrages der Bundeswehr und des verfassungsrechtlichen Rahmens für Auslandseinsätze geben muss. Noch weitgehend ungeklärt ist auch die Frage, wie die Parlamentsrechte im Cyber- und Informationsraum sichergestellt werden können.

Um Antworten auf diese hochkomplexen Fragen zu bekommen aber auch um Transparenz gegenüber dem Parlament einzufordern, benötigen wir jetzt einen ständigen Unterausschuss Cybersicherheitspolitik.“